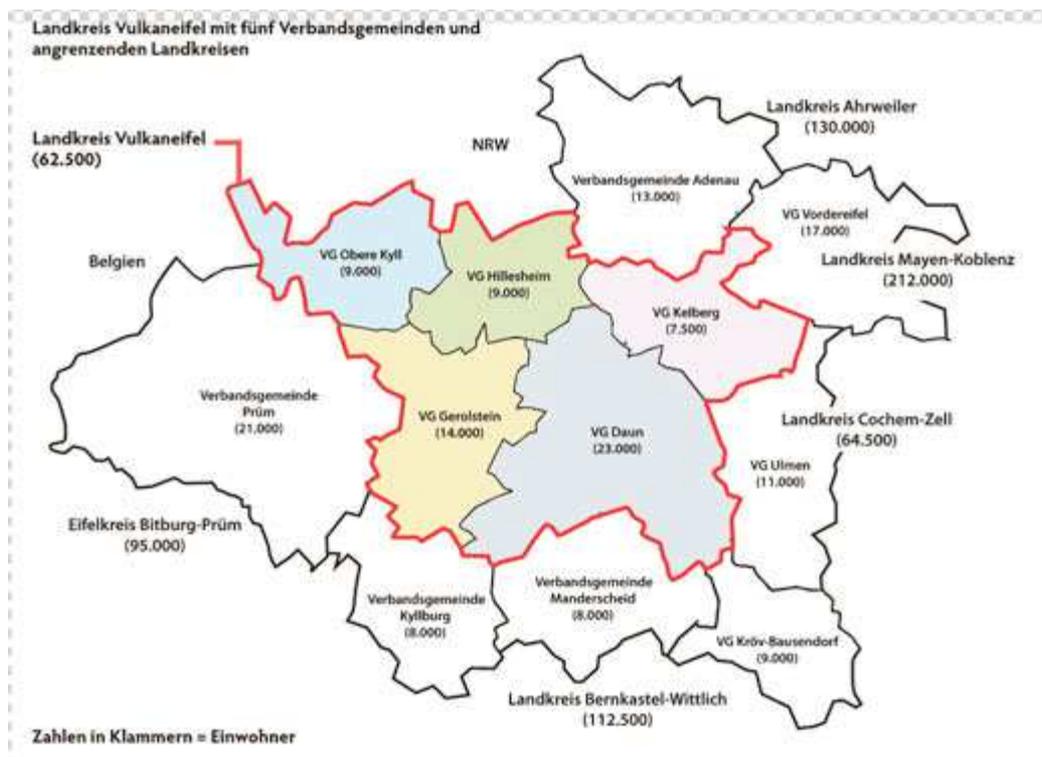


## Fusionsverhandlungen der VG's Gerolstein, Hillesheim und Obere Kyll wegen Finanzkraft gescheitert

Die Verhandlungen über eine freiwillige Fusion der Verbandsgemeinden Gerolstein, Hillesheim und Obere Kyll im Vulkaneifelkreis sind abgeschlossen. Zu der erwarteten „Dreier-Fusion“ wird es nicht kommen. Hauptursache ist die strukturell bedingt sehr unterschiedliche Finanzkraft der drei Verbandsgemeinden.

-08.02.2012 - EAZ



*Grafik zeigt die aktuelle Situation Landkreis Vulkaneifel*

Seit Mai letzten Jahres verhandeln die drei Verbandsgemeinden über einen Zusammenschluss auf freiwilliger Basis. Die Verbandsgemeinden Hillesheim und Obere Kyll sind durch das „1. Landesgesetz zur Kommunal- und Verwaltungsreform“ aufgefordert, sich um Fusionspartner zu bemühen, während die Verbandsgemeinde Gerolstein aufgrund ihrer Größe selbständig bleiben kann. Ein Gutachten der Universität Trier, in dem mögliche Fusionen im Eifelkreis Bitburg-Prüm sowie im Landkreis Vulkaneifel untersucht wurden, bewertet die Fusion der Verbandsgemeinden Gerolstein / Hillesheim / Obere Kyll als „TOP-Modell“. Die Gutachter gehen von fusionsbedingten Kosteneinsparungen von bis zu 1,1 Mio.Euro jährlich aus. Die neue Verbandsgemeinde hätte rd. 31.000 Einwohner in 38 Ortsgemeinden bzw. Städten und eine Gesamtfläche von 455 qkm.

In den letzten Monaten haben die Vertreter der drei Kommunen in einem ergebnisoffenen Fusionsprozess intensiv zusammengearbeitet; sie wurden dabei von der „Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, Köln (KGSt)“ fachkundig begleitet und moderiert.

In zahlreichen Gesprächen und Verhandlungsrunden konnte in vielen Sach- und Organisationsfragen übereinstimmende Auffassungen festgestellt werden. Nur in wenigen Themenbereichen gab es bis zuletzt unterschiedliche Sichtweisen.

### **Unterschiedliche Finanzkraft**

Die offenen Themenfelder müssen nicht abschließend verhandelt werden, weil die bestehende und absehbare Finanzsituation einer fusionierten Verbandsgemeinde aus Sicht der Verbandsgemeinde Gerolstein eine „unüberwindbare Hürde“ darstellt. Die finanzielle Lage der drei Verbandsgemeinden ist sehr unterschiedlich. Dies drückt sich z.B. aus in der Höhe der Umlagensätze, die von den Gemeinden zur „Finanzierung“ der Verbandsgemeindehaushalte erhoben werden müssen. Während die Haushalte der Verbandsgemeinden Obere Kyll und Hillesheim in den letzten Jahren nicht auszugleichen waren, konnten die Haushalte der Verbandsgemeinde Gerolstein ausgeglichen abgeschlossen werden. Besonders deutlich werden die Unterschiede bei den sog. „Liquiditätskrediten“, also den Krediten, die notwendig sind, um die Fehlbeträge zu finanzieren.

Während die VG Hillesheim aktuell knapp 2 Mio. Euro und die VG Obere Kyll rd. 11 Mio. Euro an Liquiditätskrediten benötigen, ist die VG Gerolstein in diesem Bereich schuldenfrei.

Die vorhandenen Schulden aus Investitionskrediten sind auf die Einwohnerzahl umgerechnet in der VG Hillesheim am niedrigsten (303 Euro je Einwohner) und in der VG Gerolstein (518 Euro /Ew) und Obere Kyll (534 Euro /Ew) annähernd gleich. Diesen Schulden stehen notwendige Investitionen in die kommunale Infrastruktur gegenüber und sie wurden in den Verhandlungen als „unkritisch“ gesehen.

Die unterschiedliche Finanzausstattung ist überwiegend in der Finanzkraft der verbandsangehörigen Gemeinden begründet. Die Gemeinden der Verbandsgemeinden Hillesheim und Obere Kyll haben in 2011 und 2012 eine annähernd gleiche und gleichbleibende Finanzkraft zwischen 5,3 und 6,2 Mio. Euro.

Die Finanzkraft der Gemeinden im Gerolsteiner Land ist mit 11,6 Mio. bzw. 15,0 Mio. Euro deutlich höher, jedoch stark schwankend. Die Unterschiede sind strukturell bedingt und die Einflussmöglichkeiten der verantwortlichen Personen und Gremien darauf sehr gering.

Verschiedene Modellrechnungen für zurückliegende und aktuelle Jahre zeigen, dass ein Ausgleich der Finanzkraft in allen Modellen zu Lasten der Gemeinden in der Verbandsgemeinde Gerolstein gehen würde und dabei die Stadt Gerolstein sehr stark betroffen wäre. Deutlich wird dies an den Haushaltsdaten für das Jahr 2011: Unter gleichbleibenden Bedingungen müsste die fusionierte Verbandsgemeinde zum Ausgleich ihres Haushaltes von ihren Ortsgemeinden eine Umlage von insgesamt 12,2 Mio. erheben. Die Gemeinden der VG Gerolstein müssten dabei in Summe 1,38 Mio. Euro mehr erbringen, während die Mehrbeträge in der VG Hillesheim „nur“ 636.000 Euro bzw. in der VG Obere Kyll 373.000 Euro betragen würden. Bei den Planzahlen für 2012 wird das Problem noch deutlicher: Die Gemeinden der VG Gerolstein müssten 1,27 Mio. Euro mehr an die „neue“ Verbandsgemeinde zahlen, während der Mehrbetrag für die Gemeinden im Bereich Hillesheim bei 227.000 Euro liegen würde und die Gemeinden an der Oberen Kyll rd. 76.000 Euro weniger zu zahlen hätten.

Weitere Modellrechnungen ergeben, dass die von der Uni Trier prognostizierten Einsparungen von jährlich wenigstens 1,1 Mio. Euro (in den Modellen wurden sogar

Einsparungen von 1,5 Mio. Euro unterstellt) möglicherweise nicht ausreichen, um die künftigen Haushalte der fusionierten Verbandsgemeinde auszugleichen. Aber selbst bei Kostensenkung und Haushaltsausgleich ist davon auszugehen, dass die Gemeinden im Gerolsteiner Land mehr zahlen müssen als heute, während die Gemeinden in der VG Hillesheim und Obere Kyll entlastet würden.

Die Verhandlungsführer der Verbandsgemeinde Gerolstein sind nach eingehenden Beratungen zu dem Ergebnis gelangt, dass man den Gemeinden - und damit der Bevölkerung - die finanziellen Nachteile einer Fusion nicht zumuten und nicht vermitteln kann. Bürgermeister Matthias Pauly, VG Gerolstein, stellt dazu fest: „Wir haben die Verhandlungen geführt mit dem Ziel, in eine Dreierfusion einzusteigen. Dabei hatten wir die langfristige Erwartung, dass wir für unsere Gemeinden eine Entlastung bei künftigen Umlagen erreichen können; zumindest sollte durch die Neustrukturierung keine dauerhafte zusätzliche finanzielle Belastung entstehen. Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Wir sehen keine realistische Chance, die Situation einer neuen Verbandsgemeinde nachhaltig so zu verbessern, dass auch für unsere Gemeinden und besonders für die Stadt Gerolstein finanzielle Vorteile entstehen könnten. Ich werde dem Verbandsgemeinderat Gerolstein daher im Interesse unserer Gemeinden und unserer Bürgerinnen und Bürger empfehlen, eine Dreierfusion mit den Verbandsgemeinden Hillesheim und Obere Kyll nicht weiterzuverfolgen.“

Bürgermeisterin Heike Bohn, VG Hillesheim, bedauert die Entwicklung: „Ich kann die Position und Entscheidung der Gerolsteiner Politik gut verstehen und nachvollziehen. Nichtsdestotrotz wäre die Dreier-Fusion der „große Wurf“ gewesen und sicherlich strategisch eine sehr gute Alternative für die Verbandsgemeinde Hillesheim. Nun konzentrieren wir uns auf die verbleibenden Möglichkeiten und werden versuchen, die Freiwilligkeitsphase bestmöglich zu nutzen“.

Bürgermeisterin Diane Schmitz, VG Obere Kyll, beschreibt die Situation wie folgt: „Eine Fusion der drei Verbandsgemeinden Obere Kyll, Gerolstein und Hillesheim wäre mit über 30.000 Einwohnern und 38 Ortsgemeinden eine langfristige und zielführende Lösung gewesen. Dies vor allen Dingen im Hinblick auf die demografische Entwicklung in unserer ländlichen Region. Durch diese Größe hätte die neue Verbandsgemeinde eine starke Position sowohl im Landkreis als auch im Lande Rheinland-Pfalz erhalten, die bei wichtigen Verhandlungen sowohl in der kommunalen Familie als auch mit Unternehmen Gehör gefunden hätte. Bei dieser Fusion hätten sich zudem einige Synergieeffekte in den verschiedensten Bereichen (z.B. EDV, Tourismus) ergeben. Darüber hinaus ist bei größeren Einheiten die mögliche Spezialisierung des Personals im Hinblick auf die immer schwieriger werdenden Rechtsgebiete möglich. Dieses Pilotprojekt hätte sich meiner Auffassung nach positiv auf die derzeitigen Fusionsverhandlungen anderer Verbandsgemeinden auswirken können.“

Jeder kennt den Spruch: „D’rum prüfe wer sich ewig bindet, ob sich nicht was Besseres findet!“. Und dies gilt auch für kommunale Ehen. Denn anders als bei Ehen im realen Leben, ist bei Hochzeiten von Verbandsgemeinden ein Ehevertrag und eine Scheidung ausgeschlossen. Geprüft hat man sich intensiv gegenseitig und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Unterschiede – vor allem in der finanziellen Ausstattung – zu groß sind.

Hier hätte es Braut und Bräutigam geholfen, wenn ein Verwandter aus Mainz sich bereit erklärt hätte, eine stattliche Mitgift zu zahlen. Dann hätten die angehenden Ehepartner gemeinsam bei null beginnen können.“ Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stellen abschließend übereinstimmend fest, dass die Verhandlungen über einen Zeitraum von rd. 9

Monaten sehr zielorientiert, mit gegenseitigem Respekt und in stets angenehmer Atmosphäre geführt wurden. Sie danken allen Beteiligten für ihr Engagement und das gezeigte konstruktive Miteinander.